

NORDBAYERISCHER KURIER

Bayreuther Tagblatt
OBERFRÄNKISCHE ZEITUNG

FRÄNKISCHE
Presse

Ausgabe für Bayreuth Stadt und Land, Fichtelgebirge und Fränkische Schweiz

Nr. 57 / 1. Jahrgang

Bayreuth, Freitag, 8. März 1968

Einzelheft 30 Pf

Auch Sowjetunion droht jetzt mit Olympia-Boycott

MOSKAU (UPI/AP). Der Konflikt um die Zulassung Südafrikas zu den Olympischen Spielen in Mexiko hat sich gestern durch eine offizielle Boykott-Drohung der Sowjetunion zuspitzt.

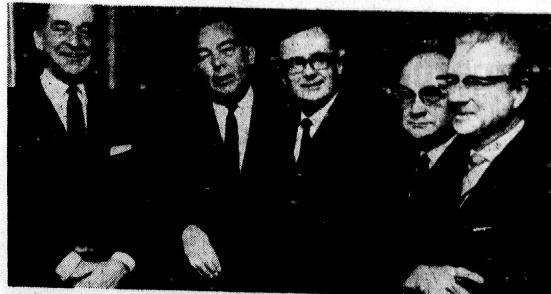
Das Sowjetische Olympische Komitee forderte das Internationale Olympische Komitee (IOC) auf, eine Sonder Sitzung einzuberufen und die in Grenoble gefällte Entscheidung über die Wiederzulassung Südafrikas rückgängig zu machen. Andernfalls müsse das IOC mit einem sowjetischen Boykott der Sommerspiele in Mexiko rechnen. Die Sowjetunion sieht sich vor die Alternative gestellt, entweder die Afrikaner durch eine Teilnahme an den Spielen zu brüskieren oder durch einen Verzicht die Gelegenheit auszulassen, in Mexiko neues sportliches Prestige zu erringen. Die offizielle Erklärung läßt jedoch keine Zweifel darüber aufkommen, daß zur Wahl gezwungen, der Krenl seinen Sportlern den Verzicht auf die Spiele mitteilen wird.

Gespräch bei Schiller: Es geht weiter aufwärts

BONN (dpa). Wirtschaftsminister Schiller, die Spitzenorganisationen der deutschen Wirtschaft und die Vertreter der Gewerkschaften sind sich einig, daß alles auf eine Fortsetzung der konjunkturellen Aufwärtsentwicklung hindeutet.

Sie haben in einem mehrstündigen Gespräch in Bonn außerdem festgestellt, daß nach den staatlichen Konjunkturspritzeln jetzt der Entfallung der Kräfte in der Wirtschaft und den Entscheidungen der Außenpolitik mehr Bedeutung zukommt. In einem Kommuniqué über dieses erste Gespräch in der „konzertierten Aktion“ in diesem Jahr ließ das Bundeswirtschaftsministerium mitteilen, alle Beteiligten hätten ihre Bereitschaft erklärt, die von der Regierung angestrebte Entwicklung für dieses Jahr durch eigene Entscheidungen zu unterstützen. Sie seien sich bewußt, daß dafür größere Investitionen der Unternehmungen auf der Grundlage wachsender Gewinne ebenso die Voraussetzung seien wie eine Stärkung der Massenkaufkraft durch Erhöhungen der Tariflöhne und -gehälter.

In den folgenden Gesprächen will sich die „konzertierte Aktion“ vor allem mit der mittelfristigen Einkommens- und Vermögensbildung, den Aufgaben der Wettbewerbspolitik und den Problemen der Automation befassen. Das nächste Gespräch soll am 23. April bei Schiller stattfinden. (Siehe auch Leitartikel auf Seite 2.)



ARBEITGEBER UND ARBEITNEHMER trafen gestern in Bonn im Rahmen der „konzertierten Aktion“ zu einem Gespräch mit Wirtschaftsminister Schiller zusammen. Unser Bild zeigt von links die Gesprächspartner Ludwig Rosenberg, Fritz Berg (in der Mitte der Wirtschaftsminister), Siegfried Balke und O. Brenner.

Schutzgarantie der Atommächte

„Habenichtse“ sollen vor Erpressung bewahrt werden - Entwurf vorgelegt

GENF (UPI/AP). Die USA, die Sowjetunion und Großbritannien haben sich gestern bereit erklärt, gemeinsam kleineren Ländern Schutz vor Angriff und atomarer Erpressung zu gewähren. Auf der 17-Mächte-Abüstungskonferenz in Genf erklärten die drei Atommächte jedem keine Atomwaffen besitzenden Land, das den Vertrag über die Nichtverbreitung atomarer Waffen unterschrieben habe und sich als Ziel einer atomaren Bedrohung oder als Opfer einer atomaren Aggression fühle, sofortigen Schutz zu gewähren.

Die Verpflichtung der drei Großmächte, die der amerikanische Abrüstungsbeauftragte William Foster ein Ereignis von „historischer Bedeutung“ nannte, ist in einem für den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen bestimmten Resolutionsentwurf enthalten. Die USA und die Sowjetunion wollen ihren gemeinsamen Entwurf für den Atomsperrvertrag bis zum 15. März vorlegen. Gegenwärtig wird er noch abgeändert, um bestimmten Wünschen anderer Länder entgegenzukommen.

Dem Übereinkommen der USA, der UdSSR und Großbritanniens zufolge kann sich jeder künftige Signalstaat des angestrebten Atomsperrvertrages an den Welt Sicherheitsrat wenden, wenn er einem Kernwaffenangriff ausgesetzt ist oder wenn ihm ein solcher Angriff droht. Angesichts der Notwendigkeit eines sofortigen Eingreifens sollen die drei Atommächte das Recht erhalten, schon vor einem formellen Auftrag durch den Sicherheitsrat Schutzmaßnahmen zu ergreifen, die den bedrohten oder angegriffenen Staaten ergreifen zu können.

Die Schutzgarantie, die auch ein neues Licht auf die Bedeutung der existierenden Militärblöcke wirft, ist nach Ansicht politischer Beobachter in Genf vor allem gegen die Volksrepublik China gerichtet, von der sich insbesondere Indien bedroht fühlt und diese Besorgnis bei den Genfer Verhandlungen unmißverständlich zum Ausdruck gebracht hat. Mit der Garantie erklärt sich auch die Sowjetunion heute bereit, gemeinsam mit den USA jedes Land vor einem chinesischen Atomangriff oder chinesischer atomarer Erpressung zu schützen.

Peking und Paris stehen abseits

China hat bisher alle Abrüstungs-bemühungen in Ost und West igno-

riert und beabsichtigt nicht, den Atomsperrvertrag zu unterschreiben. Auch Frankreich, das sich bisher an keinerlei Abrüstungsbemühungen beteiligte, dürfte weder den Vertrag unterzeichnen noch sich den USA, der Sowjetunion und Großbritannien bei deren Schutzgarantie anschließen.

SPD begrüßt Schutzgarantie

Die SPD begrüßte gestern die Schutzgarantie. Der Sprecher des Parteivorstandes erklärte, das entsprechende Abkommen der drei

Warschauer Pakt beendet Tagung

SOFIA (DPA/UPI). Die Konferenz der Partei- und Regierungschefs sowie der Verteidigungs- und Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten in Sofia wurde gestern abend nach anderthalbtägiger Dauer beendet.

Ein Abschlußkommuniqué wurde für heute angekündigt. Über den Verlauf der — insgesamt drei — Sitzungen ist nichts bekannt. Man nimmt allgemein an, daß die Lage in Europa, der Vietnam-Krieg und der gemeinsam von Sowjets und Amerikanern vorgelegte Entwurf zum Atomsperrvertrag Hauptthemen der zweitägigen Beratungen der Delegationen aus der Sowjetunion, CSSR, Polen, Bulgarien, Rumänien, Ungarn und der DDR gewesen sind. In der bulgarischen Hauptstadt verlautete, es habe auch die Flucht des in den USA befindlichen tschechoslowakischen Generalmajors Sejna die Konferenz beschäftigt, da es vermutlich wichtige geheime militärische Dokumente mitgenommen hat.

Der Leber-Plan bleibt umstritten

Wissenschaftler haben Bedenken - Ausschüsse setzen Arbeit in Berlin fort

BERLIN (UPI/AP/DPA). Mit zahlreichen Ausschusssitzungen setzte der Bundestag gestern seine Berliner Arbeitswoche fort.

Der Verkehrsausschuß und der Ausschuß für Arbeit begann mit

ganztägigen öffentlichen Anhörungen. Vor dem Verkehrsausschuß referierten sachverständige Wissenschaftler zum verkehrspolitischen Programm der Bundesregierung. Dabei ergab sich einmütige Zustimmung der Sachverständigen zu den Zielen dieser Pläne, jedoch fiel die Beurteilung der anzuwendenden Methoden unterschiedlich aus. Die Wissenschaftler äußerten sich skeptisch dazu, daß eine Besteuerung des gewerblichen Güterverkehrs, des Werkverkehrs und des grenzüberschreitenden Nahverkehrs sowie ein Verbot des Straßentransports bestimmter Massengüter, wirksam dazu beitragen könnten, das Defizit der Bundesbahn zu beseitigen.

Für eine Aufhebung der Befristung des Berlinhilfegesetzes setzte sich der Bundestagsausschuß für gesamtdeutsche und Berliner Fragen ein. Er hat die Bundesregierung, bald ein entsprechendes neues Berlinhilfegesetz vorzulegen. Das bisherige Berlinhilfegesetz ist bis 1969 befristet.

Innenausschuß für Neugliederung des Bundesgebietes bis 1975

Die Neugliederung des Bundesgebiets soll nach Vorstellung des In-

nenausschusses in zwei Phasen geschehen und bis 1975 abgeschlossen sein. In der ersten Phase sollen die Probleme in Baden-Württemberg gelöst werden.

Die Bundestagsfraktionen von CDU/CSU und FDP sprachen sich dafür aus, den nächsten Bundespräsidenten 1969 erneut in der alten deutschen Hauptstadt zu wählen. Ein Sprecher der Sozialdemokraten hat sich bereits vorher abwartend, aber nicht gegen diese Absicht geäußert. Nur einmal, 1949, war der Bundespräsident nicht in Berlin gewählt worden.

Brandt sprach mit CDU/CSU-Vertretern über Gewaltverzicht

Das Thema Gewaltverzicht war Gegenstand eines Gespräches, das Bundes-Außenminister Brandt in Berlin mit CDU/CSU-Bundestagsabgeordneten führte. Wie bekannt wurde, berichtete Brandt über seine bisherigen Gespräche mit dem Bonner Sowjetbotschafter Semjon Zarapkin. Aus Kreisen der CDU/CSU verlautet, daß es keine Meinungsverschiedenheiten mit Brandt gegeben habe.

17061 Menschen 1967 bei Verkehrsunfällen getötet

WIESBADEN (dpa). Die Zahl der Verkehrstoten im vergangenen Jahr entspricht der Bevölkerung einer Mittelstadt. Wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden gestern mitteilte, meldete die Polizei 1967 in der Bundesrepublik rund 1143 000 Straßenverkehrsunfälle, bei denen 17 061 Menschen getötet wurden. Das sind etwa 47 Verkehrstote am Tag, 461 311 Menschen wurden verletzt. Im Vergleich zu 1966 wurden 0,88 oder 1,1 Prozent mehr Menschen getötet und 4 479 oder 1,0 Prozent mehr verletzt.



DER „WIENER WALZER“, ein zwischen Salzburg und der rumänischen Hauptstadt Bukarest verkehrender Schnellzug, entgleiste gestern bei Machtrank in Oberösterreich. Mindestens vier Menschen wurden nach den ersten Berichten getötet, sieben verletzt. Das Unglück ereignete sich bei einer Geschwindigkeit von 120 Stundenkilometern. Hier einige der englischen Waggons. (s. Innenteil)

SPD unterliegt der CSU

Abstimmungsmodus für Volksentscheid in der Schulfrage gegen SPD-Widerstand festgelegt - „Optisch folsches Bild“

MÜNCHEN (Ib). Gegen heftigen Widerstand der SPD-Fraktion hat die CSU in Bayerischen Landtag den Abstimmungsmodus für den Volksentscheid in der Schulfrage im Juli, bei dem es um die Einführung der für beide christlichen Bekenntnisse gemeinsamen Volksschule geht, nach ihren eigenen und den Vorschlägen der Staatsregierung durchgesetzt.

Im Rechts- und Verfassungsausschuß beschloß die Regierungspartei gestern entsprechende Änderungen des Landeswahlgesetzes. Bei den ge-

gebenen Mehrheitsverhältnissen im Bayerischen Landtag werden sie wahrscheinlich auch vom Plenum gebilligt werden.

● Die beschlossenen Änderungen des Landeswahlgesetzes gelten jedoch nicht nur für die durch die beiden Volksbegehren der CSU und der SPD/FDP ins Rollen gekommene Änderung des Schulartikels der bayerischen Verfassung, sondern auch für alle künftigen Volksbegehren, die einem Volksentscheid vorgelegt werden.

Durch die Änderung des Landeswahlgesetzes wird bewirkt, daß das zeitlich später eingereichte CSU-Volksbegehren vor dem Volksbegehren der SPD/FDP rangiert, weil jenes mit 17,2 Prozent mehr Unterschriften aufzuweisen hatte als das Initiativbegehren der SPD/FDP mit nur 12,9 Prozent.

● Jeder Abstimmende hat so viele Stimmen, wie Volksbegehren zum gleichen Gegenstand vorliegen. In der augenblicklich akuten Schulfrage also zwei oder drei Stimmen, wenn der Landtag einen eigenen Vorschlag für den Volksentscheid vorlegt. Der Wähler kann jedoch nur einmal mit ja, dagegen zwei oder dreimal mit nein stimmen, wenn er jede Verfassungsänderung überhaupt ablehnt. Die doppelten Nein-Stimmen könnten im Endergebnis ein optisch falsches Bild erbringen und möglicherweise zur Ablehnung aller drei Vorschläge führen.

Die SPD bezweifelt die Verfassungskonformität des Vorgehens der CSU und prophezeit außerdem eine „heillosse Verwirrung“ unter den Abstimmenden.